

## **Niederschrift**

über die Sitzung (öffentlicher Teil)  
**des Ausschusses für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und  
Arbeitsförderung**

am Mittwoch, **20.01.2016**, 17:17 Uhr - 20:18 Uhr,  
Raum 2/1, Stadthaus 2, Ludgeriplatz 4, 48151 Münster

Anwesend waren:

### **von der CDU-Fraktion**

Gaby Comos-Aldejohann, Sven Gotthal, Richard-Michael Halberstadt, Babette Lichtenstein-van Lengerich, Christel Loschelder, Karin Reismann, Marc Würfel-Elberg,

### **von der SPD-Fraktion**

Elke Haves, Marius Herwig, Kristian Kaiser, Thomas Kollmann, Petra Seyfferth,

### **von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL**

Christoph Kattentidt (bis 19:10 Uhr), Otto Reiners, Sylvia Rietenberg, Jörg Rostek,

### **von der FDP-Fraktion**

Gisela Geschkewitz,

### **von der Fraktion DIE LINKE.**

Martin Scholz,

### **auf Vorschlag der Ratsgruppe Piraten/ÖDP**

Joachim Bruns,

### **Sachkundige Einwohner/innen**

Yildirim Eroglu (bis 19:44 Uhr), Martin Schofer, Arnold Voskamp, Elisabeth Wibben,

### **von der Verwaltung**

Stadträtin Cornelia Wilkens, Dagmar Arnkens-Homann, Ralf Bierstedt, Klaus Ehling, Marc Gottwald-Kobras, Heinz Lembeck, Florian Meyer, Katja Meyer-Holsiepe, Simone Peuling-Heerstraß, Manfred Rilinger, Doris Rüter, Dr. Norbert Schulze Kalthoff, Frank Treutler, Yvonne von Kegler, Petra Woldt,

**für die Schriftführung**

Barbara Hamisch,

**Es fehlte/n:**

Doris Feldmann, Claudia Grönefeld, Otmar Knüvener, Gabriele Markerth, Harald Wölter,

**Gäste:**

Barbara Krieger und Ursula Saatz, Frauenhaus und Beratung e. V., Münster

**nichtöffentlicher Sitzungsteil**

siehe Niederschrift über die Sitzung (nichtöffentlicher Teil) des Ausschusses für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung am 20.01.2016

**Tagesordnung****Öffentliche Sitzung**

- |                          |  |
|--------------------------|--|
|                          | <b>1. Einführung und Verpflichtung neuer Mitglieder</b>  |
|                          | <b>2. Festsetzung der Tagesordnung</b>   |
|                          | <b>3. Eingänge und Mitteilungen</b>  |
|                          | 3.1. Eingänge  |
|                          | 3.2. Mitteilungen  |
|                          | <b>4. Anträge und Anfragen von Mitgliedern des Ausschusses</b>   |
|                          | <b>5. Frauenhaus und Beratung e. V. - PowerPoint-Präsentation zur Perspektivplanung des Frauenhauses</b>   |
| <u>V/1038/2015</u><br>V  | <b>6. Maßnahmen aufgrund der weiter ansteigenden Flüchtlingszahlen; hier: Weitere Umsetzung des Flüchtlingskonzepts und neue temporäre Einrichtungen</b> |
| <u>V/1036/2015</u><br>V  | <b>7. Mobilitätsangebot für Flüchtlinge in Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes in Münster</b>   |
| <u>V/0016/2016</u><br>IV | <b>8. "Angekommen in deiner Stadt" Modellprojekt mit der Walter Blüchert Stiftung</b>  |

- |                           |     |  |
|---------------------------|-----|--|
| <u>V/1049/2015</u><br>V   | 9.  | <b>Altengerechte Quartiersentwicklung in Hilstrup Ost im Rahmen des Masterplans Altengerechte Quartiere.NRW: Vorhabenplan</b>  |
| <u>V/0933/2015</u><br>V   | 10. | <b>Maßnahmeprogramm Wohngebiet Kinderhaus-Brüningheide: Jahresbericht 2014</b>   |
| <u>V/1024/2015</u><br>II  | 11. | <b>Handlungsprogramm 2012 bis 2017 - 4. Projektbericht zur Umsetzung (Auszug für den Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung)</b>   |
| <u>V/0715/2015</u><br>III | 12. | <b>Prüfergebnis zur Einführung des Instrumentes einer sozialen Erhaltungssatzung (Milieuschutzsatzung) für Münster und Handlungsempfehlungen; Antrag der SPD-Fraktion an den Rat Nr. A-R/0038/2013 „Wohnen muss bezahlbar sein. Luxusmodernisierungen verhindern, neue Möglichkeiten im Bestand suchen" (Anlage 1)</b> |
| <u>V/0381/2015</u><br>V   | 13. | <b>Münster auf dem Weg zur inklusiven Stadt - Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention<br/>1. Bericht über den Stand der Umsetzung</b>   |
| <u>V/1007/2015</u><br>V   | 14. | <b>Basisinformationen Jobcenter Münster</b>  |
|                           | 15. | <b>Jahresprogramm 2016 des Ausschusses für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung</b>  |
|                           | 16. | <b>Verschiedenes</b>   |

Herr Kollmann eröffnete um 17:17 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung und stellte die ordnungsgemäße Einberufung fest.

Er wünschte allen Mitgliedern des Ausschusses für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung sowie den Gästen ein gutes neues Jahr und für die Arbeit im Ausschuss weiterhin eine sach- und fachgerechte Beratung.

#### **Punkt 1 der Tagesordnung**

#### **Einführung und Verpflichtung neuer Mitglieder**

Nach Verlesen der Verpflichtungsformel durch Frau Lichtenstein-van Lengerich und Herrn Bruns verpflichtete Herr Kollmann beide Mitglieder mit Handschlag.

**Punkt 2 der Tagesordnung****Festsetzung der Tagesordnung**

Herr Reiners beantragte, die unter Tagesordnungspunkt 12 aufgeführte Beschlussvorlage „Prüfergebnis zur Einführung des Instrumentes einer sozialen Erhaltungssatzung (Milieuschutzsatzung) für Münster und Handlungsempfehlungen; Antrag der SPD-Fraktion an den Rat Nr. A-R/0038/2013 „Wohnen muss bezahlbar sein. Luxusmodernisierungen verhindern, neue Möglichkeiten im Bestand suchen“ (Anlage 1)“ wegen zusätzlichen Beratungsbedarfs in die nächste Ausschussskette zu schieben.

Herr Kollmann wies auf den Antrag der SPD-Fraktion zu dieser Vorlage hin und brachte ihn ein.

Herr Reiners schlug vor, die Vorlage und den Antrag der SPD-Fraktion zu diskutieren, die Beschlussfassung aber für die nächste Sitzung vorzusehen.

Widerspruch hiergegen wurde nicht erhoben.

Die Tagesordnung wurde daher wie vorgesehen festgesetzt.

**Punkt 3 der Tagesordnung****Eingänge und Mitteilungen****Punkt 3.1 der Tagesordnung****Eingänge**

Keine.

**Punkt 3.2 der Tagesordnung****Mitteilungen****Frau Arnkens-Homann**

- 3.2.1 nahm zur Situation beim Zuzug und der Unterbringung von Flüchtlingen Stellung. Die Stellungnahme ist der Niederschrift beigefügt – **Anlage 1**.

Herr Kollmann bedankte sich als Vorsitzender des Ausschusses für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung bei den freien Trägern, den ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für die herausragende Arbeit im Bereich der Flüchtlingshilfe.

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung quittierte diese Äußerung mit Beifall.

- 3.2.2 informierte über den Stand bei der Einführung einer elektronischen Gesundheitskarte für Flüchtlinge. Sie und Herr Dr. Schulze Kalthoff beantworteten Fragen der Mitglieder. Die Information ist der Niederschrift beigefügt – **Anlage 2**.

- 3.2.3 berichtete über die Entwicklung bei der Eröffnung von Konten für Flüchtlinge und beantwortete Fragen der Mitglieder. Die Information ist der Niederschrift beigefügt – **Anlage 3**.

- 3.2.4 gab die Aufgabe der Interdisziplinäre Frühförderstelle durch das Heinrich-Piepmeyer-Haus bekannt.

Das Heinrich-Piepmeyer-Haus habe im Jahr 2011 in seinen Räumen an der Hüfferstraße eine Interdisziplinäre Frühförderstelle (IFF) eingerichtet. Das Angebot der IFF sei von Anfang an nur sehr gering angenommen worden. Durchschnittlich seien zeitgleich lediglich ca. 10 Kinder betreut worden.

Mit einer erheblichen Steigerung der Zahl der Kinder, die die IFF in Anspruch nehmen wollten, könne derzeit nicht gerechnet werden. Eine Ursache hierfür sei, dass es in Münster ein gutes Frühförderungsangebot durch die Fachstelle „Frühe Hilfen“ im Amt für Gesundheit, Veterinär- und Lebensmittelangelegenheiten gebe.

Nach verschiedenen Gesprächen mit der Stadt und anderen Institutionen sei das Heinrich-Piepmeyer-Haus zu dem Entschluss gekommen, die IFF aus wirtschaftlichen Gründen zum 30.06.2016 aufzugeben.

Das Heinrich-Piepmeyer-Haus werde in Zusammenarbeit mit der Fachstelle „Frühe Hilfen“ im Amt für Gesundheit, Veterinär- und Lebensmittelangelegenheiten für einen guten Übergang der Betreuung der Kinder von der IFF zur Fachstelle „Frühe Hilfen“ sorgen.

- 3.2.5 machte auf die von der LWL-Behindertenhilfe Westfalen zur Verfügung gestellten Daten zur Entwicklung der wohnbezogenen Hilfen für Menschen mit Behinderungen in Münster aufmerksam. U. a. seien eine Übersicht über die Anzahl der Plätze im stationären Wohnen, die Zahl der Leistungsempfänger/-innen im stationären und im Ambulant Betreuten Wohnen sowie Informationen zum Verhältnis des stationären Wohnens zum Ambulant Betreuten Wohnen enthalten.

Die Daten seien in der Planungskonferenz „Eingliederungshilfe Wohnen – Bedarfs- und Strukturplanung für Menschen mit geistiger Behinderung in Münster“ am 27.11.2015 vorgestellt worden und der Niederschrift beigelegt – **Anlage 4**.

- 3.2.6 wies hin auf

- die neu aufgelegten Broschüren der Heimaufsicht (in zwei Versionen: einmal in leichter Sprache und dann in der bislang üblichen Form), die zur Mitnahme zur Mitnahme zur Verfügung standen

und die den Mitgliedern vorab übersandten folgenden Unterlagen:

- Information zum Münster-Pass
- Jahresprogramm 2016 der Freiwilligen Akademie

### Herr Bierstedt

- 3.2.7 informierte zum Stand der Ausschöpfung des Eingliederungstitels. Der Rat habe im November 2013 entschieden (Vorlage V/0662/2013), dass künftig nur noch eine Ausschöpfung von 100 % des Eingliederungstitels ein zufriedenstellendes Ergebnis darstelle. Gleichzeitig sei beschlossen worden, dass aufgrund der dafür erforderlichen „Überbuchung“ des Eingliederungstitels eine „Reserve“ an kommunalen Mitteln in Höhe von max. 100.000 € zur Verfügung gestellt werde. Nach derzeitigem Stand sei davon auszugehen, dass der Eingliederungstitel zu 100% verausgabt werde und Teile der reservierten, kommunalen Mittel in Anspruch genommen würden. Am 03.12.2015 seien noch

78.000 € an freien Eingliederungsmitteln vorhanden gewesen, die zwischenzeitlich aufgezehrt seien.

- 3.2.8 berichtete, dass die Zielvereinbarung 2016 zwischen der Stadt Münster und dem Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen im Dezember durch die Beteiligten unterzeichnet worden sei. Zum Ziel „Verbesserung der Integration in Erwerbsfähigkeit“ gelte das Ziel als erreicht, wenn „sich die absolute Zahl der Integrationen um 2 % gegenüber dem Vorjahr“ erhöht habe. Das Ziel „Vermeidung von langfristigem Leistungsbezug“ sei erreicht, wenn „sich der durchschnittliche Bestand an Langzeitleistungsbeziehenden gegenüber dem Vorjahr um max. 0,5 % erhöhe“. Gleichzeitig solle die Integrationsquote der Langzeitleistungsbeziehenden um 2 % gesteigert werden.

Weitere Ziele betrafen die „Verbesserung der Integration von Jugendlichen, insbesondere in den Ausbildungsmarkt“ und die „Verbesserung von Arbeitsmarktzugängen für behinderte Menschen“.

### Herr Dr. Schulze Kalthoff

- 3.2.9 informierte über die Familiensprechstunden in der LWL-Klinik. Im letzten Jahr habe das Amt für Gesundheit, Veterinär- und Lebensmittelangelegenheiten dem Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung einen Gesundheitsbericht über die Situation von Kindern psychisch kranker und suchtkranker Eltern vorgelegt. Darin sei als eine Handlungsempfehlung das präventiv ausgerichtete Pilotprojekt "Familiensprechstunde in psychiatrischen Kliniken" vorgestellt worden. Der Projektantrag bei der Landesinitiative "Starke Seelen" des MGEPA NRW sei jetzt positiv beschieden worden. Dadurch könnten voraussichtlich ab Sommer 2016 bei einer Laufzeit von ca. 2,5 Jahren regelmäßig Sprechstunden in der LWL-Klinik durchgeführt werden. Vorgesehen sei, die Familien auch nach dem Kontakt in der Klinik in den kommunalen Präventionsketten und mit Hilfeangeboten zu begleiten. Ziel sei die Stärkung dieser Gruppe von Kindern und Jugendlichen, die in besonderer Weise selbst gefährdet seien, psychisch- oder suchtkrank zu werden. Nach ca. 1,5 jähriger Projektlaufzeit müsse ein Zwischenbericht erstellt werden, der auch in diesem Ausschuss vorgestellt werde.

### Punkt 4 der Tagesordnung

### Anträge und Anfragen von Mitgliedern des Ausschusses

Frau Seyfferth brachte die vom Frauenbüro der Stadt Münster erstellte und vom Ausschuss für Gleichstellung verabschiedete Resolution gegen jegliche sexuelle Gewalt gegen Frauen und Mädchen ein und bat um Verabschiedung der Resolution durch den Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung. Die Resolution ist der Niederschrift beigelegt – **Anlage 5**.

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung verabschiedete die Resolution einstimmig.

**Punkt 5 der Tagesordnung****Frauenhaus und Beratung e. V. - PowerPoint-Präsentation zur Perspektivplanung des Frauenhauses**

Herr Kollmann begrüßte Frau Krieger und Frau Saatz vom Frauenhaus und Beratung e. V., die in einer PowerPoint-Präsentation die Perspektivplanung des Frauenhauses vorstellten. Insbesondere machten sie deutlich, dass das Frauenhaus dringend größere Räumlichkeiten benötigte. Dieses Anliegen werde auch in einer Anregung nach § 24 GO an den Rat der Stadt Münster vorgebracht, die am 21.01.2016 eingereicht werden solle.

Mitglieder aller Fraktionen sowie der Ratsgruppe sagten ihre Unterstützung für das Anliegen zu.

Herr Reiners wies darauf hin, dass in der Niederschrift über die Etatsitzung des Ausschusses für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung am 25.11.2015 folgende Erklärung festgehalten worden sei:

*Die Stadt Münster soll den Frauenhaus e. V. bei der Suche nach einer den fachlichen, konzeptionellen und finanzierbaren Anforderungen entsprechende Immobilie im Jahr 2016 unterstützen und den derzeitig notwendigen Umzug umsetzen.*

Frau Stadträtin Wilkens und Frau Arnkens-Homann wiesen darauf hin, dass Haushaltsmittel für den Ankauf oder die Anmietung geeigneter Räumlichkeiten zurzeit nicht zur Verfügung stünden. Der Rat müsse die Verwaltung autorisieren und sich auf die Höhe einer möglichen Unterstützung für den Ankauf oder die Anmietung einigen. Der Kauf oder die Anmietung einer Immobilie falle dann in die Zuständigkeit des Amtes für Immobilienmanagement.

Frau Stadträtin Wilkens betonte ausdrücklich, dass es keinen Verdrängungswettbewerb bei der Suche nach Immobilien für das Frauenhaus oder für Flüchtlinge gebe.

Herr Reiners stellte den Antrag, die Verwaltung zu beauftragen, eine Berichtsvorlage noch vor der Sommerpause zu erstellen.

Herr Kaiser wies darauf hin, dass durch die Einbringung einer Anregung nach § 24 GO ohnehin ein formelles Verfahren in Gang gebracht werde.

Herr Kollmann unterbreitete den Vorschlag, auf der Grundlage der Anregung nach § 24 GO im Rat gemeinschaftlich nach dem besten Weg zur Lösung zu suchen und den Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung über den Zwischenstand der Bearbeitung und die endgültige Entscheidung über die Anregung zu unterrichten.

Widerspruch gegen den Vorschlag von Herrn Kollmann wurde nicht erhoben.

Herr Kollmann bedankte bei Frau Krieger und Frau Saatz für die aussagekräftige Präsentation und die ausführlichen Informationen und bat die Verwaltung, den Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung vor der Sommerpause über den Stand der Bearbeitung der Anregung nach § 24 GO zu unterrichten.

Die PowerPoint-Präsentation über die Perspektivplanung des Frauenhauses ist der Niederschrift beigelegt – **Anlage 6**.

**Punkt 6 der Tagesordnung  
V/1038/2015**

**Maßnahmen aufgrund der weiter ansteigenden  
Flüchtlingszahlen; hier: Weitere Umsetzung des  
Flüchtlingskonzepts und neue temporäre Einrich-  
tungen**

Frau Arnkens-Homann beantwortete Fragen der Mitglieder.

Herr Kattentidt beantragte über die Vorlage in der Fassung des abweichenden Beschlusses der Bezirksvertretung Münster-Hiltrup abzustimmen.

Die Bezirksvertretung Münster Hiltrup hat folgende Ergänzung des Punkts 4 des Beschlussvorschlages beschlossen:

4. An den folgenden beiden Standorten werden temporäre Einrichtungen mit zunächst 100 bzw. 200 Plätzen errichtet, sofern dafür die liegenschaftlichen, bau- und planungsrechtlichen sowie sonstigen Voraussetzungen geschaffen werden können:
  - Havixbecker Straße, Stadtbezirk West, Stadtteil Roxel (Anlage 7), 100 Plätze
  - Meesenstiege/Hünenburg, Stadtbezirk Hiltrup, Stadtteil Hiltrup-West (Anlage 8), 200 Plätze.

***Die Bezirksvertretung Münster-Hiltrup empfiehlt dem Rat, dass die Verwaltung möglichst konkrete Aussagen zu den Themen Schule/Schulentwicklung, Kindertageseinrichtungen, Sicherheit und Ordnung und künftige Bebauung und Gestaltung für den Standort Meesenstiege/Hünenburg spätestens zur Sitzung des Rates am 17.02.2015 vorlegen soll.***

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung hat sich zunächst dem abweichenden Beschluss der Bezirksvertretung Münster-Hiltrup einstimmig angeschlossen, danach die Vorlage einstimmig geändert beschlossen und dem Haupt- und Finanzausschuss sowie dem Rat empfohlen:

„I. Sachentscheidung:

1. Gemäß der Entscheidung des Rates zur Vorlage V/0705/2014 werden sukzessive dauerhafte Standorte zur Unterbringung von Flüchtlingen entwickelt. An den folgenden Standorten wird nach dem bestehenden Konzept zur Unterbringung und Integration von Flüchtlingen jeweils eine Einrichtung für bis zu 50 Flüchtlinge errichtet:
  - Bahlmannstraße 9 - 19, Stadtbezirk Mitte, Stadtteil Uppenberg (Anlage 1)
  - Willingrott 49a, Stadtbezirk Ost, Stadtteil Handorf (Anlage 2)
  - Wangeroogeweg 9 - 19, Stadtbezirk Nord, Stadtteil Kinderhaus (Anlage 3)
  - Deermannstraße 24, Stadtbezirk Hiltrup, Stadtteil Amelsbüren (Anlage 4)
  - Langestraße / Malteserstraße, Stadtbezirk Hiltrup, Stadtteil Hiltrup-West (Anlage 5)
2. Eine weitere dauerhafte Flüchtlingseinrichtung nach dem bestehenden Konzept für bis zu 50 Personen wird am Standort Dingbängerweg, Stadtbezirk West, Stadtteil Mecklenbeck (Anlage 6) errichtet.
3. Die Gebäude werden durch die Wohn+Stadtbau GmbH bzw. durch einen Investor schlüsselfertig zur Verfügung gestellt und von der Stadt Münster angemietet. Die Miet- und Betriebskosten der Flüchtlingseinrichtungen, die erforderlichen Personal- bzw. Transferaufwendungen, die Auszahlungen und Aufwendungen für die Ausstattung mit Mobiliar und Einrich-



tungsgegenständen sowie weitere Aufwendungen sind Gegenstand der konkreten Planung und werden in gesonderten Vorlagen dargestellt.

4. An den folgenden beiden Standorten werden temporäre Einrichtungen mit zunächst 100 bzw. 200 Plätzen errichtet, sofern dafür die liegenschaftlichen, bau- und planungsrechtlichen sowie sonstigen Voraussetzungen geschaffen werden können:

- Havixbecker Straße, Stadtbezirk West, Stadtteil Roxel (Anlage 7), 100 Plätze
- Meesenstiege/Hünenburg, Stadtbezirk Hilstrup, Stadtteil Hilstrup-West (Anlage 8), 200 Plätze.

**Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung schließt sich der Empfehlung der Bezirksvertretung Münster-Hiltrup an den Rat an, dass die Verwaltung möglichst konkrete Aussagen zu den Themen Schule/Schulentwicklung, Kindertageseinrichtungen, Sicherheit und Ordnung und künftige Bebauung und Gestaltung für den Standort Meesenstiege/Hünenburg spätestens zur Sitzung des Rates am 17.02.2016 vorlegen soll.**

5. Die Dringlichkeitsentscheidung D/0027/2015 (Maßnahmen aufgrund der weiter ansteigenden Flüchtlingszahlen; hier: Errichtung einer weiteren temporären Flüchtlingseinrichtung am Dahlweg) wird gemäß § 60 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen genehmigt (Anlage 9).
6. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass die Gebäude am Buldernweg 42 (vgl. Vorlage V/0945/2015) sowie an der Borkstraße 13a (vgl. Vorlage V/1002/2015) zur Nutzung als Flüchtlingseinrichtung mit 50 bzw. 100 Plätzen angemietet wurden (Anlage 10).
7. Die neu geschaffenen temporären Unterbringungskapazitäten zu den Ziffern 4 bis 6 werden mit dem notwendigen Mobiliar sowie den erforderlichen beweglichen Einrichtungsgegenständen ausgestattet.
8. Die persönliche Betreuung dieser Flüchtlingseinrichtungen wird gemäß des Ratsbeschlusses zur Vorlage V/0909/2015/1 vorrangig an geeignete freie Träger vergeben. Dabei wird der übliche Betreuungsschlüssel von jeweils 0,50 VZÄ für Sozialarbeit und Hausdienst je 50 Plätze zugrunde gelegt. Sofern eine Betreuung durch freie Träger nicht zweckmäßig oder realisierbar ist, sind ab Inbetriebnahme der Flüchtlingseinrichtungen dem Betreuungsschlüssel entsprechend zusätzliche städtische Mitarbeiter/-innen im Bereich von Sozialarbeit und Hausdienst jeweils zeitnah einzusetzen.
9. Mit Inbetriebnahme der neuen Standorte werden freizeitpädagogische Angebote für Kinder und Jugendliche entsprechend der dazu in städtischen Flüchtlingseinrichtungen etablierten Angebote durch Träger der offenen Kinder- und Jugendarbeit eingerichtet.

## II. Finanzielle Auswirkungen:

Den Berechnungen der laufenden Aufwendungen liegt die Annahme zugrunde, dass die Unterbringungskapazitäten in den beiden neuen Einrichtungen zu Beschlusspunkt 4 voraussichtlich ab Ende August 2016 in Betrieb genommen werden können, der zweite Standort am Dahlweg (Beschlusspunkt 5) voraussichtlich ab Mai bezugsfertig ist und die Einrichtungen zu Beschlusspunkt 6 ab Januar (Buldernweg 42) bzw. April 2016 (Borkstraße 13a) genutzt werden können.

Zu den einzelnen Beschlusspunkten entstehen folgende Haushaltsbelastungen:

Zu 4.: Für die Erstellung der temporären Einrichtungen ist je 100 Plätze mit investiven Kosten in Höhe von ca. 2.200.000 € zu rechnen. Es wird derzeit eine Rahmenvereinbarung über die Lieferung und Errichtung von schlüsselfertig zu erstellenden temporären Flüchtlingseinrichtungen vorbereitet (vgl. Vorlage V/1016/2015), über die diese Projekte realisiert werden sollen. Die erforderlichen Mittel zur Errichtung von Einrichtungen mit insgesamt bis zu 500 Plätzen sowie für deren Ausstattung mit Küchen (ca. 55.000 € je 100 Plätze) wurden bereitgestellt. Mögliche besondere standortbezogene Kosten (insbesondere in Bezug auf die Erschließung, Gründung oder die Außenanlagen) sind hier jedoch noch nicht abgedeckt und sind ggf. noch separat beizustellen.

Zu 7.: Die veranschlagten Auszahlungen und Aufwendungen für Mobiliar und Einrichtungsgegenstände der Gebäude entsprechen dem üblichen Standard der städtischen Flüchtlingseinrichtungen. Für den Standort Borkstraße 13a sind aufgrund der Unterbringung in einzelnen Apartments in entsprechender Anzahl Küchen zu installieren, anders als bei Unterbringungen mit Gemeinschaftsküchen. Hier sind entsprechend dem Ausstattungsstandard in den temporären Einrichtungen je 100 Plätze ca. 25.000 € zusätzlich anzusetzen.

Zu 8.: Für die Betreuung der Flüchtlingseinrichtungen werden je 50 Plätze 0,5 VZÄ EGr. S 12 für Sozialarbeiter/-innen bzw. Sozialpädagogen/-innen und 0,5 VZÄ EGr. 4 für den Hausdienst eingesetzt. Die laufenden Personalaufwendungen sind zunächst für einen Betrieb in städtischer Regie auf der Basis der durchschnittlichen städtischen Personalkosten für die jeweils vorgesehene Eingruppierung ermittelt. Die Mittel sollen vorrangig für Betreuungsleistungen freier Träger eingesetzt werden, wenn entsprechendes Interesse besteht und einrichtungsbezogenen Vereinbarungen - orientiert am kalkulierten städtischen Aufwand - getroffen werden können.

Zu 9.: Für die freizeitpädagogischen Angebote ist je Einrichtung mit Aufwendungen in Höhe von 11.000 € jährlich zu rechnen. Anteilige Finanzierung je nach Zeitpunkt der Inbetriebnahme der Einrichtung.

<b>Teilergebnisplan</b>					
	<b>Nr.</b>	<b>Bezeichnung</b>	<b>Haush.- jahr</b>	<b>Betrag €</b>	<b>Bemerkungen</b>
Produktgruppe	0502	Sicherung des Lebensunterhalts			
Zeile	15	Transferaufwendungen	2016	330.240	Zuschüsse an freie Träger; Integrationshilfen
			2017 ff.	545.220	
Zeile	16	Sonstige ordentliche Aufwendungen	2016	342.740	Mobiliar/ Einrichtung < 410 €
Produktgruppe	0603	Jugendsozialarbeit			
Zeile	16	Sonstige ordentliche Aufwendungen	2016	28.420	Freizeitpäd. Angebote
			2017 ff.	44.000	
<b>Insgesamt:</b>			<b>2016</b>	<b>701.400</b>	

Teilfinanzplan					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	0502	Sicherung des Lebensunterhalts			Durch Mittelverlagerung aus der PG 0503
Investitionsmaßnahme	0020	Einrichtung Asylbewerber/ Flüchtlinge			
Auszahlungen		.. für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	2016	253.500	Mobiliar/ Einrichtung > 410 €, Küchen
Produktgruppe	0503	Sicherung besonderer sozialer Bedarfe			
Investitionsmaßnahme	4061	Flüchtlingseinrichtungen in Holzrahmenbauweise	2016	17.978.00 0	Gesamtansatz“

**Punkt 7 der Tagesordnung  
V/1036/2015**

**Mobilitätsangebot für Flüchtlinge in Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes in Münster**

Herr Reiners begrüßte die Vorlage grundsätzlich, äußerte aber Bedenken gegen die Finanzierung aus den Programmmitteln „Münster-Pass“.

Frau Stadträtin Wilkens antwortete, dass Herr Philippski von der Ratsgruppe Piraten/ÖDP im Vorfeld der Sitzung ebenfalls entsprechende Bedenken geäußert habe. Die finanziellen Aufwendungen für das Mobilitätsangebot für Flüchtlinge würden aus den Mitteln der Produktgruppe 0503 und hier **nicht** aus dem Programmansatz „Münster-Pass“ gedeckt. Die Verwaltung werde eine Ergänzungsvorlage mit einem entsprechend geänderten Vorschlag zur Finanzierung erstellen.

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung beschloss daraufhin die Vorlage einstimmig in der Fassung der von Frau Stadträtin Wilkens vorgetragenen Änderung im Beschlussvorschlag hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen und empfahl dem Haupt- und Finanzausschuss sowie dem Rat:

**Beschlussvorschlag:**

I. Sachentscheidung:

1. Die Verwaltung bestellt fünfzig übertragbare 9 Uhr Münster Abos mit Gültigkeit ab 01.03.2016, die den in den Erstaufnahmeeinrichtungen/Notunterkünften des Landes in Münster verantwortlichen Hilfsorganisationen zur Verfügung gestellt werden, um sie an dort untergebrachte Flüchtlinge auf Einzelnachfrage für Tagesfahrten im Stadtgebiet Münster auszuleihen.
2. Das Angebot wird bis Ende 2017 befristet und ist an die Unterbringung von Flüchtlingen in Notunterkünften des Landes gebunden. Die Verwaltung gibt dem Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung bis zum 4. Quartal 2016 einen ersten zusammenfassenden Umsetzungsbericht. Über eine mögliche Verlängerung des Angebots ab 2018 entscheidet der Rat auf der Grundlage einer Verwaltungsvorlage im 4. Quartal 2017.

II. Finanzielle Auswirkungen:

**Die Beschlussfassung zu Ziffer 1 der Sachentscheidung erzeugt monatliche Aufwendungen von 1.795 €, die sich im Durchführungszeitraum aus den Programmmitteln ‚Münster-Pass‘ (Ansatz 2016 und 2017 jeweils 771.500 €) decken lassen.**

Teilergebnisplan					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	050 3	Sicherung besonderer sozialer Bedarfe			
Zeile	15	Transferaufwendungen	2016	17.950 €	Programm- ansatz Münster- Pass
			2017	21.540 €	

**Die finanziellen Aufwendungen werden aus dem in Produktgruppe 0503 bereitstehenden Budget getragen.**

**Punkt 8 der Tagesordnung V/0016/2016 "Angekommen in deiner Stadt" Modellprojekt mit der Walter Blüchert Stiftung**

Frau Meyer-Holsiepe stellte die Vorlage vor und beantwortete Fragen der Mitglieder.

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung beschloss die Vorlage einstimmig und empfahl dem Ausschuss für Schule und Weiterbildung folgenden Beschlussvorschlag:

1. Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung begrüßt die Durchführung des Projektes „Angekommen in deiner Stadt – Angekommen in Münster“ zur Begleitung jugendlicher Flüchtlinge in Kooperation mit der Walter Blüchert Stiftung und dem Ministerium für Schule und Weiterbildung auf der Grundlage des beiliegenden Konzeptes (Anlage).
2. Der Ausschuss nimmt zur Kenntnis, dass zu diesem Zweck im Februar dieses Jahres eine Kooperationsvereinbarung zwischen den Beteiligten geschlossen wird.
3. Der Ausschuss nimmt zur Kenntnis, dass eine Anmietung der erforderlichen Räumlichkeiten beim Jugendausbildungszentrum (JAZ) für das Jahr 2016 unter Inanspruchnahme verfügbarer Haushalts-/ Projektmittel erfolgen wird.

**Punkt 9 der Tagesordnung V/1049/2015 Altengerechte Quartiersentwicklung in Hilstrup Ost im Rahmen des Masterplans Altengerechte Quartiere.NRW: Vorhabenplan**

Herr Treutler beantwortete Fragen der Mitglieder.

Herr Schofer begrüßte das Projekt und bot ausdrücklich die Mitarbeit der Kommunalen Seniorenvertretung an.

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung nahm den Bericht zur Kenntnis.

<b>Punkt 10 der Tagesordnung V/0933/2015</b>	<b>Maßnahmeprogramm Wohngebiet Brüningheide: Jahresbericht 2014</b>	<b>Kinderhaus-</b>
--	---	--------------------

Vor Beginn der Beratung erklärte sich Herr Kollmann für befangen im Sinne des § 31 GO NRW und kündigte an, an der Beratung der Vorlage nicht teilzunehmen.

Herr Treutler und Frau Peuling-Heerstraß stellten die Vorlage vor und beantworteten Fragen der Mitglieder.

Frau Stadträtin Wilkens berichtete, dass nach jetzigem Stand das Schwimmbad in Münster-Kinderhaus vor dem Jahresende 2016 wieder geöffnet werden könne.

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung nahm den Bericht zur Kenntnis.

<b>Punkt 11 der Tagesordnung V/1024/2015</b>	<b>Handlungsprogramm 2012 bis 2017 - 4. Projektbericht zur Umsetzung (Auszug für den Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung)</b>
--	--

Herr Kaiser machte darauf aufmerksam, dass der in der Vorlage dargestellte Sach- und Verfahrensstand zur Umsetzung des vom Rat beschlossenen Handlungsprogramms nicht deckungsgleich sei mit den aktuell in den Haushaltsberatungen getroffenen Entscheidungen und dies zu Irritationen führe.

Frau Seyfferth bestätigte diese Auffassung und stellte die Sinnhaftigkeit des Berichts infrage.

Frau Stadträtin Wilkens erläuterte die Zielrichtung der Berichtsvorlage und die dadurch bedingte abweichende Darstellung in Teilbereichen gegenüber den aktuellen Entscheidungen im Rahmen der Haushaltsberatungen. Sie sagte zu, diesen Aspekt bei künftigen Berichterstattungen nochmals verstärkt zu berücksichtigen.

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung nahm den Bericht zur Kenntnis.

<b>Punkt 12 der Tagesordnung V/0715/2015</b>	<b>Prüfergebnis zur Einführung des Instrumentes einer sozialen Erhaltungssatzung (Milieuschutzsatzung) für Münster und Handlungsempfehlungen; Antrag der SPD-Fraktion an den Rat Nr. A-R/0038/2013 „Wohnen muss bezahlbar sein. Luxusmodernisierungen verhindern, neue Möglichkeiten im Bestand suchen“ (Anlage 1)</b>
--	--

Entsprechend dem unter dem Tagesordnungspunkt 2 „Festsetzung der Tagesordnung“ gefassten Beschluss, die Vorlage und den eingebrachten Antrag der SPD-Fraktion zu diskutieren, die Beschlussfassung aber für die nächste Sitzung vorzusehen, stellte Frau Peuling-Heerstraß die Vorlage vor und beantwortete Fragen der Mitglieder.

Herr Gotthal beantragte, die Beratung des Tagesordnungspunktes zu beenden. Dieser Antrag zur Geschäftsordnung wurde mit Mehrheit (CDU, Bündnis 90/Die Grünen/GAL, FDP, Piraten/ÖDP) angenommen und die Aussprache beendet.

Für die Beratung und Beschlussfassung der Vorlage in der nächsten Sitzung wurde Verwaltungspräsenz gewünscht.

<b>Punkt 13 der Tagesordnung V/0381/2015</b>	<b>Münster auf dem Weg zur inklusiven Stadt - Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention 1. Bericht über den Stand der Umsetzung</b>
--	--

Frau Rüter stellte die Vorlage vor und beantwortete Fragen der Mitglieder.

Mitglieder verschiedener Fraktionen lobten die Vorlage.

Herr Reiners und Frau Rietenberg regten zusätzliche Informationen zu benötigten Ressourcen, Priorisierung und Zeitplanung an. Frau Rüter sagte dies zu.

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung nahm den Bericht zur Kenntnis.

<b>Punkt 14 der Tagesordnung V/1007/2015</b>	<b>Basisinformationen Jobcenter Münster</b>
--	---

Herr Bierstedt beantwortete Fragen der Mitglieder.

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung nahm den Bericht zur Kenntnis.

<b>Punkt 15 der Tagesordnung</b>	<b>Jahresprogramm 2016 des Ausschusses für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung</b>
----------------------------------	---

Frau Rietenberg regte die Ergänzung des Jahresprogramms um die in dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL vom 20.01.2016 zur Jahresplanung 2016 aufgeführten Themen an. Der Antrag ist der Niederschrift beigelegt – **Anlage 7**.

Widerspruch gegen diesen Vorschlag wurde nicht erhoben.

Frau Arnkens-Homann sagte zu, dem Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung den ersten Erfahrungsbericht zur Gesundheitskarte für Flüchtlinge nicht erst wie beantragt im IV. Quartal, sondern bereits vor der Sommerpause zur Beratung zur Verfügung zu stellen.

Das Jahresprogramm wurde um die Vorschläge ergänzt und ist der Niederschrift beigelegt - **Anlage 8**.

**Punkt 16 der Tagesordnung**

**Verschiedenes**

Wortmeldungen lagen nicht vor.

gez.  
Thomas Kollmann  
Vorsitz

gez.  
Barbara Hamisch  
Schriftführung